

## Der Zug nach links.

ap. Man hört allerdings nicht viel mehr darüber reden, daß in dem deutschen Bürgertum, namentlich im deutschen Liberalismus, ein unverkennbarer Zug nach links zu bemerken sei. Der gemeinsame Feldzug nach links, gegen die Arbeiterklasse, die Entrechtung des Proletariats in der Reichsversicherungsordnung, woran alle Parteien, Junker, Zentrum, Nationalliberale und ein gut Teil der Freisinnigen teilnahmen, hat die Illusion zerstört, wir könnten mit einem Teil der bürgerlichen Welt erfolgreich gegen den andern Teil kämpfen. Was einst die absolute Forderung des Tages hieß, der Sturz des schwarzblauen Blocks, ist nur mehr ein Wahn von vorgestern. Der schwarzblaue Block ist seitdem in den größeren reaktionären Block von Junkern, Nationalliberalen und Zentrum aufgegangen, der auf eine sichere Majorität in den kommenden Wahlen rechnen kann; die Parteikonstellation, die nach den Wahlen zu einer Notwendigkeit werden muß, hat sich schon jetzt allmählich herausgebildet. Und wenn sich der ganze Freisinn diesem Block nicht in aller reaktionären Entrechtungs politik gegen das Proletariat anschließt, so ist dafür eine angebliche Entwicklung nach links gar nicht notwendig. Dieser Zug nach links war nur das Gespenst eines Tages: rabiate Oppositionsphrasen der aus dem Bülowblock Hinausgeworfenen, die von der Volksempörung gegen die neuen Steuern etwas zu profitieren hofften.

In Wirklichkeit zeigt die ganze Entwicklung des deutschen Liberalismus einen unverkennbaren Zug nach rechts. Ursprünglich militärfeindlich, ist sein Widerstand gegen den Militarismus immer schwächer geworden und bei der letzten Militärvorlage hörte man von Opposition nichts mehr. Früher war er gegen die Kolonialpolitik, die Tottentottenwahlen brachten den Umschlag zur Kolonialbegeisterung. Früher für den Freihandel, ist er immer mehr schutzöllnerisch geworden. Früher Gegner der indirekten Steuern, war er 1909 bereit, 400 Millionen Verbrauchssteuern zu bewilligen. Früher verfochten die Liberalen den Parlamentarismus gegen den Regierungsabsolutismus; als aber 1908 eine günstige Gelegenheit da war, ein Stück Parlamentarismus festzulegen, versagte der deutsche Liberalismus vollständig.

/smacht

Die moderne Entwicklung der Gesellschaft, die den Klassen Gegensatz und den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit immer mehr vertieft und verschärft, bietet politisch zwei, übrigens eng zusammenhängende Erscheinungen. Nach innen eine Konzentration aller Macht der Bourgeoisie in den Händen der Regierung, während der proletarische Klassenkampf immer mehr zu einem Kampf zwischen Regierung und Proletariat wird; nach außen Weltpolitik, Imperialismus, Kolonialpolitik, steigende milliardenverschlingende Rüstungen und wachsende Kriegsgefahr, eine Politik, die von den Arbeitern am heftigsten bekämpft wird. Sehen wir hier etwa, daß wachsende Teile des Bürgertums und immer mehrere ihrer Vertreter sich an die Seite des Proletariats zum Kampfe gegen die Stärkung der Regierungsmacht und gegen die Weltpolitik stellen? Das wäre in der Tat ein Zug nach links, der wirklich diesen Namen verdiente. Aber gerade das Umgekehrte ist der Fall; der Imperialismus findet weder bei dem Liberalismus noch bei dem Zentrum irgend welchen Widerstand mehr. Beide Parteien sind durch ihren Bewilligungseifer für Militär- und Flottenforderungen, ihre Preisgabe der Parlamentsrechte und ihre Stärkung des Absolutismus die Mitschuldigen, daß die Kriegsgefahr nach außen wie die Schärfe des Klassenkampfes im Innern aufs höchste gesteigert sind.

Der marxistisch geschulte Arbeiter, der weiß, daß die politischen Erscheinungen ihre Wurzel in der wirtschaftlichen Entwicklung finden, wundert sich über diese Wandlung des Liberalismus nicht und er würde sich daher auch nicht durch einen zeitweiligen entgegengesetzten Schein täuschen lassen. Die moderne Bourgeoisie muß den Weg zum Imperialismus und zur Stärkung der Regierungsgewalt einschlagen, weil ihr tiefstes Klassenempfinden Furcht vor dem Proletariat und Furcht vor dem Sozialismus ist. Dabei müssen die bürgerlichen Parteien, wenn auch zögernd, mit, und steht ihnen dabei der Ballast ihrer alten Prinzipien im Wege, so müssen sie einfach über Bord. Mit vollem Rechte können die liberalen Politiker ihre reaktionären Stellungnahmen mit der Klage entschuldigen, daß ihre Wähler noch viel reaktionärer als sie selbst sind. Mit diesem in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründeten Zug nach rechts verschwindet immer mehr die Möglichkeit eines gelegentlichen Bündnisses zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus, wovon unsere Revisionisten so gern träumen.

Aber gerade hier tritt für diese Politik ein neues Argument auf. Aus demselben theoretischen Zusammenhang von Politik und Klassentrennung wurde neulich in den „Sozialistischen Monatsheften“, wir glauben von Quessel, die Notwendigkeit eines Zusammengehens von Liberalismus und Sozialdemokratie abgeleitet. Wir reden immer von der Bourgeoisie als der Klasse, die hinter dem Liberalismus steht. Aber inzwischen ist eine neue Klasse emporgekommen, die immer mehr die Masse jener Partei bildet und daher ihre Politik beherrschen muß; und diese Klasse steht der Arbeiterpartei ganz anders gegenüber. Der neue Mittelstand — die Privatbeamten, die freien Berufe, die Intelligenz — reicht an Zahlstärke schon an den alten Mittelstand heran; sie hat aber die wichtigsten Interessen mit dem Proletariat gemeinsam und diese Gemeinsamkeit der Interessen, die sich gegen die veralteten Traditionen der liberalen Parteiführer durchsetzen wird, macht ein Zusammengehen der liberalen und der sozialistischen Partei nicht nur möglich, sondern auch notwendig.

Diese Beweisführung für die Blockpolitik hat den Vorteil, wunderschön marxistisch auszusehen. Lehrt der historische Materialismus nicht, daß die Parteien mit ihren Programmen nur Organisationen der gesellschaftlichen Klassen mit ihren verschiedenen Interessen sind? Leider hat man es hier mit einer schablonenhaften, mechanistischen Auffassung des Marxismus zu tun, die aus einem lebendigen Zusammenhang eine tote Formel macht.

Wäre es richtig, daß die Klassenzusammensetzung einer Partei ihre Politik bestimmt, so hätten die bürgerlichen Parteien früher alle demokratische Arbeiterpolitik treiben müssen. Nach diesem Rezept hätten wir, als das Zentrum noch seine großen Arbeitermassen vollzählig musterte, nichts besseres tun können, als uns mit ihm zur gemeinsamen Politik zu verbinden. Aus dieser praktischen Konsequenz zeigt sich schon die Einfälligkeit der Beweisführung. Sie verkennet die Entwicklung, wodurch der Geist des Menschen erst allmählich die Wirklichkeit erfaßt und danach handelt. Die Arbeitermassen waren zuerst einfach Stimmbieler für die bürgerlichen Parteien; diese bildeten deshalb beileibe keine Arbeiterparteien, sondern sie vertraten die Interessen bürgerlicher Gruppen. Die Arbeiter gehörten ihnen nur an, weil sie glaubten, das seien auch ihre Interessen; erst als sie ihre wirklichen Interessen erkannten, traten sie zur sozialistischen Partei über.

Nicht die Klassenzusammensetzung bestimmt das Wesen einer Partei, sondern das Klasseninteresse, das sie durch ihr Programm vertritt. Wenn eine eben gegründete

sozialistische Partei mehr Intellektuelle als Arbeiter enthält, ist sie um nichts weniger durch Programm und Ziel eine echte Arbeiterpartei. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung bedeutet nichts anderes, als daß die Volksmasse sich allmählich zurechtfindet, wo sie hingehört, und die Zusammensetzung der Parteien immer mehr ihren Programmen entspricht.

Wenn nun eine Partei mit bürgerlichem Programm größtenteils aus Arbeitern besteht, müssen wir uns dann nicht mit ihr verbinden? Gerade umgekehrt, wir müssen sie aufs schärfste bekämpfen. Denn ihr Wesen ist Arbeiterbetrug; wir müssen die Arbeiter von ihr loslösen und sie uns angliedern — sei es Mann für Mann, oder indem die ganze Partei unser Programm übernimmt und sich mit uns verschmilzt. Diese Aufklärung wird durch ein Bündnis gelähmt, durch den scharfen prinzipiellen Kampf gefördert.

Wenn es also richtig wäre, was Quessel über die neue Gefolgshaft des Liberalismus behauptet, so ergäben sich daraus noch nicht die blockpolitischen Konsequenzen. Die Natur des neuen Mittelstandes macht es verständlich, daß er den alten liberalen Ideen anhängt; aber kann man behaupten, daß seine wirtschaftlichen Interessen in den liberalen Grundsätzen ~~keinen Ausdruck finden?~~ In Privatwirtschaft und Privateigentum haben sie kein Interesse. *ihren* Für die niederen Schichten der Privatangestellten — die besser bezahlten Beamten und Intelligenzler geben in Furcht vor dem Proletariat und dem Sozialismus der eigentlichen Bourgeoisie nichts nach — gilt also, daß sie vom Liberalismus, der die Interessen ihrer Meister zum Ausdruck bringt, losgelöst werden müssen, was allerdings bei ihren starken Vorurteilen nur langsam und schwer geschehen kann. Soweit das aber möglich ist, wird es nicht durch eine liberal-sozialistische Kooperation, sondern nur durch eine prinzipielle und scharfe Bekämpfung des Liberalismus möglich sein. —